

## Die chilenischen Christdemokraten und die Militärjunta.

Als im Juni und Juli 1973 sich die sozialen Kämpfe in Chile in einem solchen Ausmass zuspitzten, dass ein Versuch der Rechten zum Sturz der Regierung Allende und mit ihr zur Aufhebung von Verfassung und Gesetzlichkeit vorhersehbar war, rief der chilenische Kardinal zu einem "Dialog" zwischen der Unidad Popular und den Christdemokraten auf. Die Direktive der christdemokratischen Partei Chiles trat formell in diesen "Dialog" ein, um ihn dann ganz plötzlich wieder abzubrechen. Der Präsident dieser Partei, der Senator Patricio Aylwin, erklärte darauf:

"Es gibt keinen Dialog mit der Pistole auf der Brust. Ich kann mich nicht an den Verhandlungstisch setzen, wenn man mich mit einer Maschinenpistole auf dem Tisch empfängt".

In Wirklichkeit brach er den Dialog ab, weil niemand ihm die Pistole auf die Brust setzte, und weil kein Maschinengewehr auf dem Verhandlungstisch lag. Da er nicht bedroht wurde, wusste er, dass ~~er~~ die Regierung ~~stürzen könnte~~ gestürzt werden könne und liess ihren Sturz zu.

Wenige Monate darauf war eine neue Regierung aus dem Militärputsch vom 11. September 1973 hervorgegangen. Diese Regierung setzte jetzt der christdemokratischen Partei Chiles ~~er~~ und ihrem Präsidenten die Pistole auf die Brust. Auf ihrem Verhandlungstisch lagen Maschinenpistolen. Mit ihnen suchte Aylwin ~~jetzt noch keinen~~ "Dialog". Die Militärs aber lehnten jetzt diesen "Dialog" ab. Heute noch ist der Präsident der christdemokratischen Partei Chiles, Ex-Senator Patricio Aylwin, damit beschäftigt, den Militärs ihre Stiefel zu putzen, um zum "Dialog" zu kommen. Aber er bekommt ihn nicht.

Die chilenischen Christdemokraten haben zweifellos nicht den Putsch gemacht. Sonst brauchten sie nicht um Anerkennung zu betteln. Den Putsch hat die chilenische extremistische Rechte gemacht. Die Christdemokraten hingegen haben das Fussvolk des Putsches geliefert, da sie glaubten, mit Sicherheit die politischen Nutzniesser des Putsches werden zu können.

~~Nicht alle Christdemokraten~~

Aus diesem Grunde begann die Direktive der christdemokratischen Partei Chiles damit, ihr ganzes internationales Prestige einzusetzen, um den Putsch vom 11. September 1973 zu decken.

Vor dem Putsch sagte ihr Präsident:

" Die Christdemokratie war ~~und bleibt~~ und wird sein gegen ~~jeden~~ den

Putsch, komme er, woher er wolle"

Nach dem Putsch sagte er:

"Die Streitkräfte hatten im Namen der christlichen Moral die moralische Pflicht, die Regierung zu stürzen".

Frei sprach in einem Telefongespräch nach Europa ~~am~~ während des ersten Putschtages und zu dem ihm von der Militärjunta Gelegenheit gegeben wurde, obwohl sonst alle Telefonkontakte abgebrochen waren, von einer beruhigten Situation in Chile. In einem einige Wochen darauf gegebenen Interview an ABC sagte er:

"Die Militärs haben Chile gerettet."

Mit dem Ziel, bald wieder die politische Macht übernehmen zu können, schalteten sich die Christdemokraten sogar mit besonderer Vehemenz in die Rechtfertigungskampagne der Militärjunta ein. Sie taten dies insbesondere durch Unterstützung der Behauptung der Militärs, sie seien einem Aufstand von bewaffneten Gruppen der Unidad Popular zuvorgekommen. Die entsprechende Propaganda ist als "Plan Z" bekannt. In seinem Interview mit ABC vom 9.10.73 sagte Frei:

"Die Welt weiss nicht, dass der chilenische Marxismus über eine bessere Ausrüstung verfügte als das Heer; eine Bewaffnung für mehr als 30.000 Mann, und das chilenische Heer ist normalerweise nicht grösser. Die Militärs haben Chile und uns alle gerettet.."

Der Präsident der christdemokratischen Partei Chiles verbreitete die gleichen Nachrichten. Auf einer Deutschlandreise, der er im gleichen Zeitraum zur Teilnahme am Kongress der deutschen Christdemokraten ins Hamburg unternahm, versuchte er die deutsche Öffentlichkeit von derlei Informationen zu überzeugen.

Frei und Aylwin operierten auf diese Weise mit Ziffern, die sie ganz offensichtlich selbst erfunden hatten. Die Militärjunta hat nie von ~~grösser~~ solchen Zahlen gesprochen. Im Oktober sprach sie von angeblichen Waffen für 5.000 Menschen, im Januar von Waffen für 10.000.

General Lutz, der bis November 1973 Chef des militärischen Nachrichtendienstes in Chile war, berichtete im Januar 1974 folgendes:

"Bis zum 4. Januar wurden 4.303 lange Waffen, 4.350 kurze Waffen und 74 schwere Waffen gefunden. Dies ist eine genügende Anzahl, um 9 tausend Männer auszurüsten, eine kompakte bewaffnete Masse, die grossen Schaden ausrichten kann". (Ercilla, Nr. 2007, S. 12)

Unter kurzen Waffen versteht man hierbei Pistolen, unter langen Waffen Karabiner, Jagdgewehre und automatische Handfeuerwaffen, und unter schweren Waffen Maschinengewehre und Bazookas.

Was diese Zahlen in Wirklichkeit beweisen, ist, dass überhaupt keine irgendwie bedrohliche bewaffnete Macht existierte. Wenn also Frei und Aylwin viel höhere Ziffern erfanden, so taten sie dies ganz

offensichtlich, um den Putsch zu legitimieren, und auf diese Weise das Vertrauen der Militärjunta zu gewinnen. Sie nahmen dabei in Kauf, dass sie auf diese Weise nicht nur ~~zu~~ Mithelfern bei der Vorbereitung des Putsches waren, sondern auch zu Mithelfern bei der ~~Men~~ chenjaagd nach dem Putsch wurden. Die von ihm gefälschten Informationen, die Aylwin dem Parteitag der christdemokratischen Partei Deutschlands übergab und die auf Grund des langen Kontakts zwischen den beiden Parteien auch geglaubt wurden, haben eine wesentliche Rolle bei der Weiterführung dieser ~~Mensch~~ Verfolgung durch die deutschen Christdemokraten in der Bundesrepublik gespielt.

Es waren allerdings nicht alle Christdemokraten, die die Vorbereitung des Putsches unterstützten und die die ~~unterstützte~~ Haltung der Partei direktive nach dem Putsch bejahten. Die Diskrepanzen wurden sofort in den ersten Putschtagen sichtbar. Während die Direktive unter Aylwin in einer Erklärung vom 12. September 1973 den Putsch unterstützte, veröffentlichte eine führende Gruppe von Christdemokraten am 13. September 1973 eine Erklärung, die ihn verurteilte. u.a. unterschrieben Bernardo Leighton, der unter Frei Vice-Präsident der Republik gewesen war, und Renan Fuentealba, der Aylwin als Präsident der Partei vorausgegangen war.

Radomiro Tomic, Präsidentschaftskandidat der christdemokratischen Partei Chiles im Jahre 1970, unterschrieb den Aufruf nicht, formulierte jedoch am 7. November 1973 auf einem Parteikongress die Argumente dieser Gruppe.

In seiner Rede ~~wendete~~ kritisiert er die Mitarbeit der christdemokratischen Partei Chiles bei der Vorbereitung des Putsches und die Unterstützung des Putsches durch die Parteileitung unter Patricio Aylwin.

Er bestreitet die moralische Berechtigung des Putsches, die Aylwin unter Zitierung der "christlichen Moral" behauptet hatte. Nur im Fall einer Tyrannei könne man von einer solchen Berechtigung sprechen:

"In Chile gab es keine Tyrannei... Es war nicht ein Tyrannei, sondern die Anarchie, die Chile zerfetzte. Wenn auch die Unidad Popular in den ersten Regierungsjahren die grössere Verantwortung für diese Anarchie hatte, so ist es doch eine offensichtliche Tatsache, dass in den letzten Regierungsmonaten die überwiegende Verantwortung hierfür sowohl auf wirtschaftlichem und sozialem, wie auch auf strikt politischem Gebiet, bei den oppositionellen Kräften lag".

Insbesondere besteht er auf einer Verantwortung der christdemokratischen Partei Chiles, die er an Hand von 3 Punkten festzulegen versucht

1. die anfängliche Unterstützung des Militärkabinetts vom 9. August 1973, die nach 3 Tagen zurückgenommen wird unter Aufforderung ~~an die~~ <sup>an die</sup> Militärs, zurückzutreten.
2. Die Unterstützung des Lastwagenstreiks "obwohl es sich um einen absolut illegalen und ~~sozialdemokratischen Streik handelt~~ und zutiefst unmoralischen Streik handelt, der vor einer christlichen Moral nicht bestehen kann wegen Disproportion zwischen dem dem Gemeinwohl angetanen Schaden und der Art beschränkter und interessierter Interessen"
3. Die Unterstützung für die Erklärung der Mehrheit der Abgeordneten vom 12. August 1973. Es handelt sich dabei um einen kaum verdeckten Aufruf zum Militärputsch von seiten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, der, obwohl er keine rechtliche Gültigkeit hat, von der Militärjunta als Legitimitätserklärung des Putsches interpretiert wird.

Eine besondere Verantwortung sieht er bei den christdemokratischen Kommunikationsmitteln, insbesondere bei der Zeitung "La Prensa":

"Leider bestätigt sich wieder, dass nicht vorwiegend das, was die reguläre Autorität der Partei denkt oder sagt, entscheidend ist für das entstehende Image dessen, was die Christdemokratie tut oder ist. Viel mehr Echo und viel mehr Einfluss auf die Bildung dieses Image hat z.B. die Zeitung "La Prensa"; ihre Schlagzeilen, ihre Informationsauswahl, ihre Kommentare. Obwohl sich im Laufe der Jahre verschiedene Parteidirektiven ablösten, hat keine von ihnen im grossen und Ganzen es gewagt, "der Katze die Schelle umzuhängen" und darauf zu bestehen, dass "La Prensa" keine andere politische Orientierung haben kann als die von der Parteiführung angeordnete. Im Gegenteil irritiert es geradezu, um nicht mehr zu sagen, dass ~~xxx~~ sie alle es resigniert akzeptiert haben "dass es nicht der Hund (der PDC) ist, der den Schwanz ("La Prensa") bewegt, sondern vielmehr der Schwanz bewegt den Hund". So war es ~~gestern~~ vorgestern, so war es gestern, und so ist es heute noch..."

Was Tomic hiermit indirekt, aber für die angesprochenen Mitglieder der christdemokratischen Partei verständlich, sagt, ist, dass die ausländische Finanzierung der christdemokratischen Kommunikationsmittel eine von der Parteidirektive unabhängige Macht aufgebaut hat, die zwar im Namen der chilenischen Christdemokraten sprach, aber von einer Handvoll Vertrauensleuten der ausländischen - auch bundesdeutschen - Geldgeber beherrscht wurde. Diese konnten folglich das Meinungsbild der Partei bestimmen und damit einen Grossteil ihrer Politik. Tomic erwähnt zwar hier nur "La Prensa", aber er bezieht sich ebenso auf Radio Balmaceda, das von den gleichen Gruppen beherrscht wurde. Obwohl es sich jeweils um christdemokratische Kommunikationsmittel handelte, stellten die ausländischen



schen Rechten zugestanden werden. Den Militärs hingegen erscheinen sie als eine merkwürdige Rasse. Werfen sie diese Christdemokraten zur einen Tür heraus, kommen sie zur andern wieder herein. Es ist unmöglich, sie abzuschütteln.

Dabei distanziert sich diese Gruppe auch so weit wie möglich von jenen andern Christdemokraten, deren Führung immer mehr der Ex-Senator Renan Fuentealba übernimmt. Fuentealba wuchs in diese Position nicht zuletzt deshalb herein, weil er sich die Achtung der übrigen Christdemokraten gewonnen hatte, indem er bereits in den Monaten vor dem Putsch laut und vernehmlich in allen ihm zugänglichen Massenmedien - zu denen die christdemokratischen allerdings nicht mehr gehörten, da man dort nur noch für den Putsch sprechen konnte - gegen ~~den~~ die sichtbar werdenden Putschversuche Stellung nahm.

Die Junta reagierte sehr schnell, ohne allerdings diese Entwicklung verhindern zu können. Die Zeitung Mercurio warf am 17. November 1973 den Christdemokraten vor, "unterirdische promarxistische" Gruppen zu dulden und zu fördern. Es folgen Hausdurchsuchungen bei Christdemokraten und Verhaftungen.

Die Parteidirektive unter Aylwin hingegen reagiert erst nach einer Woche. Sie bestreitet den Vorwurf:

"..es gibt keine promarxistischen oder unterirdischen Gruppen, vielmehr gehen die ~~angesprochenen~~ in dieser Information angesprochenen Personen ihren privaten Aktivitäten nach, um ihre Familien zu ernähren".

Man beteuert also, dass alle jetzt der Politik abgesagt haben, wie es die Junta gefordert hat. Das Dementi zeigt folglich klar an, was die Politik der Direktive um Aylwin ist. Sie erkennt die Massnahmen der Junta einschliesslich des Verbots politischer Betätigung als legitim an und unterstützt die übrigen Christdemokraten in dem Grade, in dem sie sich an die Direktiven der Junta halten. Da es allerdings keine klaren Direktiven gibt, stösst diese Haltung Aylwins auf allerlei Schwierigkeiten.

Insbesondere muss er Stellung nehmen zur Tatsache, dass die Repression immer mehr die Christdemokraten selbst erreicht. Im Januar 1974 schickt Aylwin daher dem Innenminister eine Bittschrift - eine Bittschrift deswegen, weil ein Maschinengewehr auf dessen Schreibtisch liegt -, in der er sein grundsätzliches Einverständnis mit der Militärjunta erklärt:

"Wir haben öffentlich und privat anerkannt, dass die patriotischen Ziele ~~der Streitkräfte verfolgen~~ der Nationalen Einheit und des Wiederaufbaus in Chile, die die Streitkräfte verfolgen, Unterstützung verdienen".

Gleichzeitig weist er daraufhin, dass die Menschenrechte unterdrückt

werden:

"Viele Chilenen werden aus ihrer Arbeit entlassen und werden es noch, viele werden in ihrer Laufbahn zurückgestellt, verhaftet, misshandelt, Bedroht und in den verschiedensten Formen bedrängt, ohne dass man ihnen etwas konkretes vorwerfen könnte, ausser den Ideen und Meinungen die sie haben oder die man bei ihnen vermutet..."

~~Wir glauben nicht zu übertreiben, wenn wir sagen, dass viele Hunger leiden".~~

Die Junta antwortete mit einem Dekret vom 21. Januar, das die völlige Suspendierung aller Parteienaktivitäten anordnet und weisst damit auch das Angebot Aylwins zurück, mit Hilfe aller von den Christdemokraten kontrollierten Organisationen die anti-marxistische Kampagne der Junta zu unterstützen.

Auf diese Weise ist alle Aktivität der Christdemokraten abgelehnt, und die Junta tut ihr mögliches, um die christdemokratische Partei Chiles zu unterdrücken. Am 10. März 1974 wurde im Mercurio ein Dokument der Junta veröffentlicht, in dem den Christdemokraten vorgeworfen wurde, sie hätten eine "ausländische" mit der Seele Chiles nicht vereinbare internationalistische Ideologie und seien ausserdem aus dem Ausland - vor allem aus Deutschland und den USA - finanziert. Als Aylwin am 13. März um Erklärungen bat, distanzierte sich der Innenminister allerdings vom Dokument, das keine offizielle Verlautbarung der Junta sei. Tatsächlich handelte es sich um ein Dokument, das von den Beratern um den Luftwaffengeneral Leigh vorgelegt worden war, und das sehr aggressiven faschistischen Inhalts ist. Da der Mercurio sich sehr eng mit diesen Gruppen verbunden hat, veröffentlichte er es wie ein offizielles Dokument, obwohl er wusste, dass es sich in der Junta nicht hatte durchsetzen können.

Die Angriffe auf die Christdemokraten allerdings gingen weiter. Man fing jetzt an, ihre Massenmedien zu blockieren. Am 29. März musste Pater Hasbun als Direktor des Fernsehkanals 13 der Katholischen Universität abtreten, obwohl er sich als beingungsloser Anhänger der Legitimität der Junta gezeigt hatte. Er hatte sogar wie wenige den Völkermord, den die Junta beging, mit einer wahren Blutmystik im Fernsehkanal besungen. Die Junta hingegen setzte ihn ab, weil er in enger Verbindung mit der Direktive der christdemokratischen Partei arbeitete.

Diese Schlag gegen die christdemokratischen Massenmedien wurde fortgeführt gegenüber Radio Balmaceda, in dem die Junta immer stärker attackiert und kritisiert wurde. Nach zeitlich beschränkten Suspendierungen bestimmte die Junta am 7. Juni 1974 Zensoren, und verbot dem ehemaligen Parteipräsidenten der christdemokratischen Partei

jeden Zugang zur Radiostation. Gemäss der auferlegten Zensur dürfen keine Anspielungen an Päpstliche Enzykliken gebracht werden und keine auf die Freiheit anspielende Folklore.

Auf diese Weise blieben die Christdemokraten ohne jeden Zugang zu den Massenmedien, da inzwischen auch ihre Zeitung "La Prensa" eingestellt werden musste. Aylwin sah sich aufs neue gezwungen, sich an die Junta zu wenden. Natürlich stellt er sich wieder auf den Standpunkt der Junta:

"Massnahmen wie diese bedeuten, einen zahlreichen und repräsentativen Sektor der vaterländischen Gemeinschaft aus dem nationalen Dialog auszuschliessen, was ganz offensichtlich mit den von der Junta proklamierten Zielsetzungen der Einheit unvereinbar ist".

Dieser Erklärung des guten Willens zum nationalen Dialog - weil er eine Pistole auf der Brust hat, ~~sucht~~ sucht er Dialog -, folgt dann erst der Protest:

"Die Zensur des Radios verletzt ein fundamentales Menschenrecht, dann die Meinungsfreiheit ohne vorherige Zensur ist eines der ~~grundlegendsten~~ Rechte, die durch die universelle Menschenrechtserklärung festgelegt sind".

Am 18. Juli 1974 antwortete die Junta und erklärte, die christdemokratische Partei Chiles habe sich der "internationalen Kampagne des Marxismus gegen Chile" angeschlossen, sie habe "elementale Cavalliersnormen verletzt, und "Für die Regierung ist diese Sache definitiv abgeschlossen".

Öffentliche, in Chile verbreitete Verlautbarungen der Christdemokraten sind seither nicht mehr möglich. Dennoch darf man nicht daraus schliessen, dass die christdemokratische Partei Chiles als Ganzes zu einer ~~wirklich~~ harten Opposition gegenüber der Militärjunta übergegangen wäre. Trotz der gemeinsamen Oppositionshaltung bleiben die internen Diskrepanzen bestehen. Die Parteidirektive um Aylwin erkennt weiterhin die Junta als im Prinzip legitim an, während sie in ihren Missbräuchen zu kritisieren ist. In einer von Aylwin gezeichneten Analyse der Situation, die im Juni 1974 verbreitet wurde, spricht Aylwin noch einmal diese seine Position gegenüber der Junta aus. Als Resultat der Politik der Junta stellt er fest, sie habe "Ordnung und öffentliche Ruhe" wieder hergestellt. Als Ziel der Bemühungen spricht er von der Notwendigkeit eines "sozialen Paktes" mit den Streitkräften, und als Weg hierzu von der Möglichkeit, "eine Form zu suchen, um ihr Vertrauen zu gewinnen".

Dass die inneren Diskrepanzen innerhalb der Christdemokraten nicht verschwunden sind, zeigt die Antwort Fuentealbas hierauf. Fuentealba spricht von der illegitimen Machtübernahme durch die Junta. Er streitet ab, dass man von Ruhe und Ordnung sprechen könne, wenn die "Menschen